

# Über das Versagen der politischen Bildung

In den Schulen drücken sich immer mehr Lehrer vor der Auseinandersetzung mit dem autoritären und rassistischen Gedankengut, das viele Schüler unverhohlen vor sich hertragen. Von politischer Bildung in den Klassen kann keine Rede sein.

Philipp Mittnik

Es sind 73 Prozent der „Austrotürken“, viele von ihnen in Österreich schulisch sozialisiert, die „ihren“ Präsidenten bei den Forderungen nach einer autoritären Verfassung unterstützen. Die kürzlich veröffentlichte Kriminalitätsstatistik belegt einen massiven Anstieg rechtsextremistisch motivierter Straftaten. 43 Prozent der Österreicher wünschen sich den „starken Mann“, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss. In den Ergebnissen einer Umfrage des Historikers Oliver Rathkolb ist die deutliche Zunahme des Law-and-Order-Gedankens in der österreichischen Gesellschaft bemerkbar. Was ist bloß in diesem Österreich, einer der stabilsten Demokratien der Welt mit einem immer noch leistungsfähigen Wohlfahrtsstaat, passiert?

In Bezug auf Demokratieerziehung dürfte die Vorbereitung aufs Leben jedenfalls nicht funktionieren. Insbesondere für Jugendliche aus sozial prekären Lebensverhältnissen ist Schule als Lernraum für politische Bildung zentral. Obwohl politische Bildung seit 1978 ein schulartenübergreifendes verpflichtendes Unterrichtsprinzip ist, werden Schülerinnen und Schüler an österreichischen Schulen in diesem Feld offensichtlich nur unzureichend auf ihre Rolle als Bürger in einer Demokratie vorbereitet.

Aus der Studie „Politische Bildner in Wien“ (2014) ist bekannt, dass viele Lehrer es sich selbst nicht zutrauen, kontroverse Themen in ihrem Unterricht zu integrieren, da sie Konsequenzen befürchten oder sich nicht entsprechend ausgebildet fühlen. Gleichzeitig dürfen sie es nicht zulassen, dass Grundwerte der Demokratie und Menschenrechte nachhaltig infrage gestellt werden. Der Unterricht über totalitäre und diktatorische Regime soll im Sinne einer Gegenwartsorientierung

auch dazu dienen, Demokratie als Staatsform alternativlos erscheinen zu lassen. Dem entgegen gesetzt weisen jüngste Erkenntnisse darauf hin, dass das Wissen über die Geschichte des Nationalsozialismus rückläufig ist und die damit verbundene Erinnerungskultur für immer weniger Menschen von hoher Bedeutung sein dürfte.

Dies ist eventuell auch auf eine eher oberflächliche Betrachtung der nationalsozialistischen Geschichte im Geschichtsunterricht zurückzuführen, denn einer aktuellen Studie aus Salzburg zufolge ist z. B. die Zustimmung zum Opfermythos der Republik bei 14-jährigen Schülern nach wie vor in hohem Ausmaß existent. Den Fokus auf nachhaltige Auswirkungen von Ausgrenzung am Beispiel Nationalsozialismus zu legen kann Schüler dahingehend beeinflussen, dass sie den Wert einer gegenwärtigen liberalen Demokratie wieder besser einschätzen.

Eine kürzlich im Zentrum für politische Bildung durchgeführte Studie zum politischen Verständnis von Schülern der Berufsschule belegt unter anderem starke antisemitische Tendenzen bei muslimischen Jugendlichen. Eine jüngst veröffentlichte Studie im UN-Auftrag beweist, dass arabische Männer Gewalt gegenüber Frauen in großen Teilen begrüßen und eine Gleichberechtigung der Geschlechter weitgehend ablehnen. Berichte über muslimische Schüler, die sich von Lehrerinnen nichts sagen lassen wollen, häufen sich in den letzten Jahren.

Diesen Schülern muss deutlicher als bisher vermittelt werden, dass solche Ansichten dem Ideal demokratischer Grundwerte widersprechen und daher abzulehnen sind. Jedoch dürfte eine große Unsicherheit bei Lehrern, insbesondere in Neuen Mittelschulen und Berufsschulen, existieren, politisch heikle Themen im Unterricht aufzugreifen, bei



P. Mittnik: Opfermythos, Führerkult, Antisemitismus.

Foto: privat



Bitte. Danke. Der frühere Bundespräsident Heinz Fischer weist zurück auf einen nicht unerheblichen Grundsatz der Verfassung. Schlechterdings pfeifen viele Schüler zunehmend darauf.

Foto: APA

denen sich Schüler angegriffen fühlen könnten. In Fortbildungsseminaren geben sie an, sie meiden diese Themen, weil sie Reaktionen der Väter oder der Schüler fürchten und nicht „ins rechte Eck“ gestellt werden möchten.

Politische Urteile zu fällen und diese faktenorientiert abzusichern ist ein zentrales Ziel der kompetenzorientierten politischen Bildung. Damit verbunden sollen Gegenpositionen zum medialen Mainstream eröffnet werden. Die Erwartung, dass in politischen Diskussionen eine Lösung gefunden und so ein klasseninterner Konsens erreicht werden kann, ist nicht vorrangiges Ziel der politischen Bildung. Aufgabe der politischen Bildung ist es u. a., Alternativen zu gesellschaftspolitischen Narrativen der Familien in der Schule anzubieten.

## Rückhalt und Ermutigung

Lehrer, die politische Bildung in ihrem Unterricht integrieren, brauchen daher auch politischen Rückhalt und gesellschaftliche Ermutigung. Es ist in diesem Zusammenhang geradezu grotesk, dass gerade die FPÖ, die sich am lautesten über das Abstimmungsverhalten der „Austrotürken“ erregt, Lehrer einzuschüchtern versucht, indem sie z. B. eine Meldestelle für parteipolitischen Missbrauch an oberösterreichischen Schulen einrichtet. In diesem Zusammenhang ist wichtig zu erwähnen, dass es nie um parteipolitische Werbung im Sinne des Schulunterrichtsgesetzes ging, sondern um die Kritik an demokratiegefährdenden Aussagen von Vertretern der FPÖ.

## Sitten zurechtrücken

In Rousseaus Gesellschaftsvertrag heißt es: „Rückt die Meinungen des Volkes zurecht, und seine Sitten werden sich von selbst bessern.“ Dieses Zurechtrücken könnte eine stärkere Fokussierung auf Menschenrechte und die Grundwerte der Demokratie sein, damit politische Bildung an Schulen einen Beitrag dazu leistet, das Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verhindern.

PHILIPP MITTNIK ist Leiter des Zentrums für politische Bildung an der Pädagogischen Hochschule Wien. Er unterrichtet auch an den Unis Wien und Salzburg im Bereich Lehramtsausbildung. Seine zentralen Forschungs- und Tätigkeitsfelder sind Geschichts- und Politikdidaktik sowie politische Bildung.

BARBARA COUDENHOVE-KALERGI

## Schwankende Mitte



Was ist das eigentlich für eine Partei, die früher ÖVP hieß und jetzt Liste Kurz – die neue Volkspartei? Sind das Christdemokraten? Konservative? Neoliberaler? Rechtspopulisten? Ist die Gruppierung eine neue Bewegung oder doch eine Traditionspartei im neuen Gewand? Ähnelt ihr neuer Chef Sebastian Kurz eher dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron oder dem ungarischen Premier Viktor Orbán? Vorderhand kann sich noch jeder sein eigenes Bild von dem neuen Mann machen, der da nach dem Kanzleramt greift.

Alle sagen, dass die traditionelle Unterscheidung politischer Parteien in rechts und links nicht mehr gilt. Macron gewann die Wahl in seinem Land mit der Losung „Nicht rechts, nicht links“. Staatssekretär Harald Mahrer nannte die Kurz-Bewegung „die breite Mitte“. Und selbst die in der EU übliche Einteilung in politische Familien hilft dem verwirrten Wähler nicht wirklich weiter. Da gibt es Christdemokraten und Sozialdemokraten. Die Ersteren finden sich in der Europäischen Volkspartei wieder. Aber was hat das noch zu bedeuten? Was haben Angela Merkel und Jaroslav Kaczyński, beide formell Parteifreunde, miteinander gemein? Und auf der anderen Seite Politiker wie Heinz Fischer und der slowakische Premier Robert Fico, die sich beide Sozialdemokraten nennen?

Bei Sebastian Kurz ist man auf äußere Charakteristika angewiesen. Er ist, wie Macron, jung und fesch. Er will nicht nur Leute mit Parteibuch, sondern auch Persönlichkeiten aus der Zivilgesellschaft in seiner Parlamentsfraktion haben. Er fischt im Teich der Neos und der Griss-Wähler. Er wünscht

sich, Prinzip Reißverschluss, mehr Frauen im Team. Das klingt liberal. Aber er bewundert und unterstützt Viktor Orbán wegen dessen harter Linie in der Flüchtlingsfrage. Er hat offenbar keine Berührungspunkte mit der FPÖ, die hierzulande offiziell rechtspopulistisch genannt wird, in Frankreich und Deutschland aber eindeutig als rechtsextrem bezeichnet werden würde. Das Wort Europa und Europäische Union hat man von ihm selten gehört. Also doch eher rechts?

Aber auch in der anderen ehemals großen Traditionspartei, der SPÖ, sind die Dinge in Bewegung geraten. Bundeskanzler Christian Kern bietet, wie Kurz, das äußere Erscheinungsbild eines smarten Bildungsbürgers. Auch er umwirbt die Liberalen, tut etwas für Start-ups, mittelständische Unternehmer, Kreative, richtet eine Werbekampagne gezielt an die Mittelschicht. Und wer in die unteren Parteiränge blickt, kann kaum verstehen, wie zwei Persönlichkeiten wie Michael Häupl und Hans Niessl in derselben Partei zu Hause sein können. Nicht ohne eine gewisse Nostalgie erinnern sich ältere Österreicher an die Zeiten, als der Karikaturist Gustav Peichl die Roten mit Schildmütze und drei Pfeilen und die Schwarzen für jedermann kenntlich mit Steirerhut und Gamsbart darstellen konnte. Und die FPÖler mit germanischem Wikingerhelm.

Die neue ÖVP ist weniger schwarz und die neue SPÖ weniger rot als früher. Aber die FPÖ ist geblieben, was sie immer war. Die Franzosen haben bei der jüngsten Wahlaus-einandersetzung vor allem für ein demokratisches und welt-offenes und gegen ein undemokratisches und chauvinistisches Frankreich gestimmt. Das war wichtiger als Rot gegen Schwarz. Man würde wünschen, dass es im Herbst in Österreich ähnlich lief.

## DAS AKTUELLE BUCH

### Topografie des Erinnerns

Als vergangene Woche Sebastian Kurz nach dem Rücktritt von ÖVP-Chef Reinhold Mitterlehner seine Vorstellungen, Bedingungen und Visionen für die Zukunft präsentierte, war die Kulisse, vor der er sprach, bewusst gewählt. Aus mehrfachem Grund: Einerseits signalisierte der marmorne Adolf-Mock-Saal mit den einzigartigen Deckenfresken von Leopold Kupelwieser Traditionsbewusstsein, andererseits war der historisch bedeutungsschwangere, mit EU-Fahne geschmückte Ort natürlich ein Versprechen an die Zukunft. Dort, wo heute das Außenamt der Republik Österreich residiert, befand sich einst die Niederösterreichische Statthalterei in Wien. Wer sich im Detail mit der Geschichte des Gebäudes und dessen Kunst auseinandersetzen will, dem sei Sigrid Eyb-Greens Monografie *Das zusammengedrückte Gedenden ans Herz gelegt*.

Zweifellos zählen Kupelwiesers Deckenfresken in der ehemaligen Niederösterreichischen Statthalterei zu den bedeutendsten pa-

triotischen Geschichtszyklen – Herrschern, Schlachten und Staatsakten huldigend. Eyb-Green setzt sich differenziert mit inhaltlichen Komplexen, künstlerischen Aspekten und bewusst betriebener Geschichtsrezeption auseinander.

Die Betrachtung von Eyb-Green kann aber auch abseits der Gemäldebeschreibung als Glücksfall bezeichnet werden, denn gerade der interdisziplinäre Zugang der Historikerin zeigt eindeutig das politische Momentum der Verquickung von Kunst, Symbolik, von Mythologie, Realpolitik und Kommunikationswesen.

Stichwort Inszenierung: Dass sich der amtierende Außenminister und designierte Parteichef direkt unter den allegorischen Figuren der Kraft und der Wahrheit positionierte, war mit Sicherheit kein Zufall. Gregor Auenhammer

Sigrid Eyb-Green, „Das zusammengedrückte Gedenden. Leopold Kupelwiesers Freskenzyklus in der Niederösterreichischen Statthalterei“. € 44,00 / 312 Seiten. Verlag Bibliothek der Provinz, Weitra 2017

